

Wohnen muss wieder leistbar werden

Der Arbeitsauftrag an die schwarz-grüne Landesregierung für heuer ist ein klarer: Acht von zehn Tirolern wünschen sich, dass Wohnen endlich erschwinglich wird. Und mehr als die Hälfte fordert eine Transit-Obergrenze.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Am leistbaren Wohnen darf sich die schwarz-grüne Landesregierung im heurigen Jahr nicht mehr länger vorbeiswindeln: Das kommt in der vom Meinungsforschungsinstitut „Research Affairs“ durchgeführten TT-Umfrage deutlich zum Ausdruck. Für acht von zehn Befragten oder 79 Prozent ist das nämlich der wichtigste Auftrag an die Politik im Land. Gegenüber 2018 wurde das ohnehin bereits auf hohem Niveau angesiedelte Problem mit plus zwei Prozentpunkten nur noch drängender.

Wohnen: Überdurchschnittlich ist diese Forderung bei den Anhängern der Liste Fritz (92 Prozent), der SPÖ (86 Prozent) und bei den Grünen (84 Prozent) ausgeprägt. Bei der Regierungsklausur nächste Woche möchte sich die schwarz-grüne Koalition jedenfalls auf ein Maßnahmenbündel verständigen. Das kündigte Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) zum Jahreswechsel an. Mehr günstiger Wohnraum soll damit in Tirol geschaffen werden. Das deckt sich gleichsam mit den Prioritäten auf Bundesebene. Für 84 Prozent aller Österreicher muss laut einer „Market“-Umfrage im Auftrag des *Standard* das Thema Wohnen sehr dringend bzw. dringend erledigt werden.

Doch leistbares Wohnen birgt in Tirol vor allem Konfliktpotenzial innerhalb der ÖVP. Wirtschaft und Bauern



Die Wohnbau-Offensive des Landes ist noch eine Baustelle. Doch der Wunsch nach leistbarem Wohnen wird immer größer. Foto: iStock

bremsen in der Bodenpolitik. Sie wollen keine zu großen Eingriffe (in Widmungen) zulassen. Wohnbaulandesrätin Beate Palfrader (ÖVP) drängt hingegen mit Unterstützung von AK-Präsident Erwin Zangerl (VP) auf einschneidende Regelungen – auch was bereits gewidmetes Bauland betrifft. Hier geht es etwa um die Ausweisung von Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau. Raumordnungsreferent Johannes Tratter (VP) ist hier viel zurückhaltender, weshalb es in der ÖVP-Regierungsmannschaft durchaus Spannungen gibt. Ob die Ge-

meinden beim Kauf von landwirtschaftlichen Flächen in das Interessentenmodell aufgenommen werden sollen, ist ebenfalls ein Streitpunkt.

Wie sollte es auch anders sein, brennt den Tirolern nach wie vor der Verkehr unter den Nägeln. Anliegen bleiben zugleich der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs oder die Ausweitung der Kinderbetreuung. Darüber hinaus genießt der Naturschutz einen hohen Stellenwert; andere Aufgabenstellungen wie der Wunsch nach mehr Kontrollen im Grenzbereich, um die illegale Migration einzudämmen, rü-

cken demgegenüber ein wenig in den Hintergrund.

Verkehr: Die politischen Bestrebungen für eine Transit-Obergrenze werden von 52 Prozent der Tiroler unterstützt, immerhin 44 Prozent sehen im Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs noch Luft nach oben. Nicht überraschend stößt Letzteres naturgemäß bei den Grün-Sympathisanten mit 65 Prozent auf noch größere Zustimmung.

Kinderbetreuung und Naturschutz: Dahinter folgt in der Aufgabenliste schon die Kinderbetreuung (42 Prozent). Um fünf Prozentpunkte höher als noch im Vorjahr wird der Naturschutz (39 Prozent) eingestuft. Grüne, SPÖ und die Liste Fritz verleihen diesem Anliegen noch mehr Nachdruck.

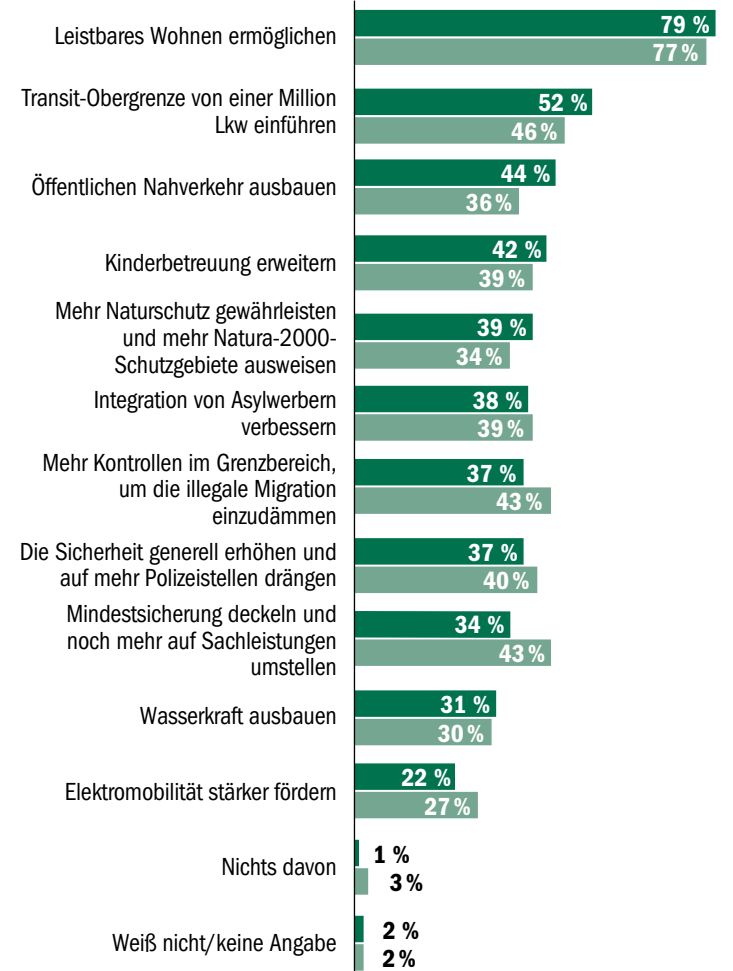
Mindestsicherung: Zwei Drittel der Befragten sind mit dem Modell der Tiroler Mindestsicherung zufrieden. Rund ein Drittel oder 34 Prozent würde sich allerdings eine Deckelung und eine stärkere Umstellung auf Sachleistungen erwarten, wie das vom Bund vorgeschlagen wird. Hier reiht sich rund die Hälfte der FPÖ-Wähler (47 Prozent) ein. In der Volkspartei sind 40 Prozent ebenfalls dieser Ansicht.

Sicherheit: Innerhalb der ÖVP- und FPÖ-Wählerschichten haben Sicherheit und Kontrollen einen überdurchschnittlichen Stellenwert. 71 Prozent der FPÖ-Unterstützer sprechen sich für mehr Grenzkontrollen aus, in der ÖVP sind es 40 Prozent. Generell hat sich dieser Wert jedoch von 43 auf 37 Prozent verringert – im Gleichschritt mit den realen Aufgriffszahlen am Brenner: von 7400 im Jahr 2017 auf 5000 im Vorjahr.

Dass Tirol auf zusätzliche Polizeistellen drängen muss, wird ebenfalls von 37 Prozent der Befragten in der TT-Um-

TT-Umfrage

Welche der folgenden Themen muss die nächste Landesregierung unbedingt stärker berücksichtigen?



Quelle: Research Affairs; Grafik: Tiroler Tageszeitung



Eine Transit-Obergrenze für Lkw-Fahrten auf der Brennerachse genießt große Priorität in der Bevölkerung. Foto: Rudy De Moor

frage geteilt. Auch diese Forderung erhält mit 63 Prozent von den FPÖ- und mit 43 Prozent von den ÖVP-Wählern bedeutend mehr Rückendeckung.

Die Integration von Asylwerbern zu verbessern (38 Prozent), der Ausbau der

Wasserkraft (31 Prozent) oder eine stärkere Förderung der Elektromobilität (22 Prozent) werden der Tiroler der Landesregierung desgleichen im heurigen Jahr als Arbeitsauftrag von der Bevölkerung mitgegeben.

Zwischen Wohlstandsfaktor und Nachdenkpause

Debatte über Grenzen des Tourismus: 50 Prozent stehen in TT-Umfrage Beschränkung kritisch gegenüber, 38 Prozent für Ausbaustopp.

Innsbruck – Aus der wochenlangen Auseinandersetzung über die Seilbahngrundsätze hat sich plötzlich eine generelle Tourismusdiskussion entwickelt. Im vergangenen

Tourismusjahr verzeichnete Tirol mit 49,4 Millionen Nächtigungen einen neuen Rekord, zwölf Millionen Gäste besuchten von November 2017 bis Oktober 2018 das

Land. Hat Tirol die Belastungsgrenzen schon überschritten? Dass dies in einigen Teilen des Landes bereits der Fall ist, darüber sind sich die Landtagsparteien einig. Differenziert sehen es auch die Tiroler in der TT-Umfrage.

Eine mögliche Beschränkung des Tourismus wird kontrovers diskutiert. Laut der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung in Innsbruck erzielt der Tiroler Tourismus eine jährliche Wertschöpfung von zuletzt 6,7 Milliarden Euro. Weil das Land zu einem Großteil vom Tourismus lebe, müssten deshalb für die Hälfte der Befragten restriktive Maßnahmen in diesem Bereich sehr gut überlegt werden. Zwei Drittel (65 Prozent) der 16- bis 30-Jährigen sind hier überdurchschnittlich zurückhaltend.



Der Winter ist das Rückgrat für die Tourismuswirtschaft. Doch in Tirol wird bereits intensiv über die negativen Auswirkungen diskutiert. Foto: Böhm

Zugleich sind insgesamt zwölf Prozent der Ansicht, dass Projekte wie Skigebietszusammenschlüsse weiterhin möglich sein müssten. Derzeit wird bekanntlich intensiv über die Verbindung zwischen Hochoetz und Kühtai debattiert. Nur: Es gibt auch

eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Kritikern der Entwicklungen in den vergangenen Jahrzehnten. Schon mehr als jeder dritte Tiroler (38 Prozent) spricht sich für einen Ausbaustopp und eine längere Nachdenkpause aus. Bei den Sympathisanten

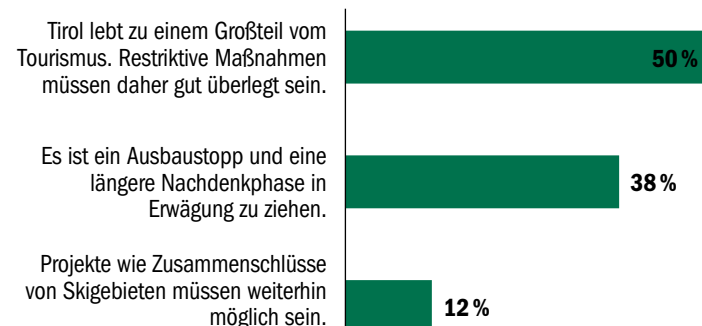
der Grünen (49 Prozent) und der Liste Fritz (64 Prozent) ist der Wunsch nach einer Nachdenkpause noch markanter.

In der ÖVP sind es freilich auch 35 Prozent, die auf die Stoptaste für Ausbauprojekte im Tourismus drücken würden. Am wenigsten Anklang findet das in der FPÖ (26 Prozent). Auch Beschränkungen werden dort am wenigsten befürwortet: 59 Prozent.

Mit der Fortschreibung des Seilbahnprogramms in den nächsten fünf Jahren hat die schwarz-grüne Landesregierung zugleich einen breiten Prozess über raumverträglichen Tourismus gestartet. Für Landeshauptmann Günther Platter (VP) braucht es einen Konsens mit der Bevölkerung, „denn der Tourismus ist entscheidend für den Wohlstand unseres Landes“. (pn)

TT-Umfrage

Es wird in Tirol über Grenzen im Tourismus diskutiert, da laut Meinung einiger Parteien die Belastungsgrenzen in Tirol schon überschritten sind. Was halten Sie davon?



Quelle: Research Affairs; Grafik: Tiroler Tageszeitung

